



Berlin, 20. März 2007
vdp-Meldung-Nr. 5

vdp begrüßt kommendes REITs-Gesetz

- Hagen: "Politik hat sich aber nicht getraut, den großen Schritt zu machen."

Der Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) begrüßt die gestrige Einigung des Bundeskabinetts auf den Gesetzentwurf zum deutschen REIT (Real Estate Investment Trust). Es sei über für und wider so lange debattiert worden, dass das Gesetz inzwischen wirklich überfällig sei, meinte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Louis Hagen. Am Freitag soll der Deutsche Bundestag über den Gesetzentwurf entscheiden.

Das Kabinett hat an dem Gesetzentwurf noch einzelne Änderungen vorgenommen. So bezeichnet Hagen die Halbierung der Haltefrist für die Einbringung von Immobilien in einen REIT von zehn auf fünf Jahre sowie die Verlängerung des möglichen Vor-REIT-Status von einem auf zwei Jahre als Schritte in die richtige Richtung. Bemerkenswert sei vor allem, dass deutsche REITs jetzt Wohnimmobilien besitzen dürften, wenn sie im Ausland liegen. "Besser wäre es gewesen, auch deutsche Wohnimmobilien als Assets zuzulassen, insbesondere weil ausländische REITs diese durchaus kaufen können. Offenbar hat sich die Politik aber nicht getraut, diesen großen Schritt zu machen", so Hagen. Zwar machten es die Änderungen wahrscheinlicher, dass das Gesetz ein Erfolg werde, das endgültige Urteil würde aber der Kapitalmarkt sprechen.

Pressekontakt:

Dr. Helga Bender, Tel. 030 20915-330

E-Mail: bender@pfandbrief.de

Felix Schnellbacher, Tel. 030 20915-380

E-Mail: schnellbacher@pfandbrief.de